

Ganze Schweiz veränderlich

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **96 (1970)**

Heft 39

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Notizen von Oskar Reck
zum hiesigen Lauf der Welt

Dynamisches Gewieher

Durch ungezählte Jahrgänge des Nebelspalters wiehert der Amtsschimmel. Der große Bö und viele seiner Mitstreiter haben ihn in grotesken Posen der Sturheit und der Selbstherrlichkeit verewigt. Solange es Staaten und Aemter gibt, wird er kaum verschwinden, weil er von der verlässlichen Konstanten menschlicher Unzulänglichkeit lebt. Aber er bockt und schnaubt, wie wir so gediegen zu sagen pflegen, «in einer sich wandelnden Welt», incl. Schweiz. Das Tummelfeld derer, mit andern Worten, die ihr amtliches Mütchen kühlen, ist anders als vor drei oder auch nur zwei Jahrzehnten. Und mit der Umgebung hat sich sogar das Gepräge des Schimmels gewandelt, wenn auch nicht sein Naturell. Er wiehert dynamischer.

Denn er wiehert in einem Leistungs- und Servicestaat. Will sagen: in einem Staat, von dem man auf mehr und mehr Gebieten größere und größere Dienste verlangt, wobei mit «man» keineswegs nur eine bestimmte Kategorie auf Staatskrücken erpichter Eidgenossen gemeint ist, o nein, die Serviceansprüche an den Staat reichen längst bis in den hintersten Bereich der vom Staate freien, aber nichtsdestotrotz auf ihn angewiesenen Wirtschaft. Je dichter die Verflechtungen und wechselseitigen Abhängigkeiten in der modernen Gesellschaft geworden sind, desto zwingender ist der Staat die ordnende Instanz. Das Nachwächteramt, das man ihm im 19. Jahrhundert zudachte, erfüllt er jetzt insofern, als er in der Tat auch noch in der Funktion einer allgegenwärtigen Sekuritas steht. Dabei stellen sich Probleme ein, die der Basler Staatsrechtslehrer Kurt Eichenberger in einer Rektoratsrede folgendermaßen umschrieben hat: «Der Leistungsstaat kennt keine Grenzen. Er läßt sich antreiben durch eine begehrlische Gesellschaft und den

perfektionistischen Menschen, der durch Technik und Wohlstand verwöhnt und im Anspruchsdenken hemmungslos wird. Einmal in Gang gesetzt, entwickelt der Leistungsstaat Initiativen, womit er sich ausbreitet und verdichtet. Derart gerät er in ein bedrohliches Gefälle: Er nimmt, trotz der grundsätzlich gegenteiligen Zielsetzung, Elemente des totalitären Staates an. In der weitherzigen Darbringung von Wohltaten, ja in der umfassenden Leistung überhaupt stecken tyrannisch-totalitäre Züge. Die unentbehrliche Leistung schafft eine prüfende Klammer. In sichtbaren Effekten nähern sich die beiden Staatstypen einander an.» Das also wäre das muffige Ende der mit lauter Wohltaten ausgelegten Rennbahn in die Zukunft. Aber vorläufig sind wir noch beim überaus imperfekten Leistungsstaat.

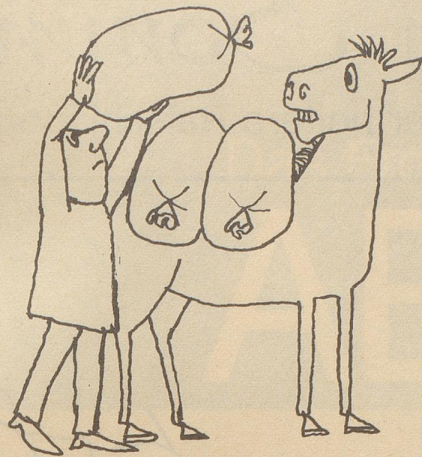
Genie ist Fleiß, Fleiß nicht Genie

An Antreibern, die den amtlichen Service ausdehnen und beschleunigen wollen, fehlt es freilich nicht. Kein Kongreß wirtschaftlich Interessierter kann hierzulande verrauschen, ohne daß die Verbandsstilisten auf Mehrheits- oder gar Einstimmigkeitsgeheiß eine Resolution ans Licht bringen, in der mit dem Hinweis auf andere Forderer auch gefordert wird. Das reizende Gezeter, das man aus Kindergärten kennt, setzt sich solcherart ins reife Alter der Graumelierten fort, Sekretariatsgehälter rechtfertigend und in die Oeffentlichkeit hallend; denn die Massenmedien, zu umfassender Benachrichtigung des Volkes angehalten, verbreiten getreulich, was die Verbandscommuniquisten ihnen futtern.

Aber so schnell das Papier verweht sein kann, auf dem mehr oder minder kategorische Forderungen verzeichnet stehen, so beharrlich bleibt jenes andere Papier erhalten, das zu parlamentarischen Vorstößen Verwendung findet. Dieses Papier nämlich ist verbindlich adressiert, es befaßt, auf amtsdeutsch gesprochen, diese oder jene Behörden, die ihm – bei allem Drang dazu – normalerweise nicht ausweichen können.

Und die Flut der Kleinen Anfragen, der Interpellationen, der Postulate und Motionen steigt und steigt. Es gibt nahezu keine Aktualität oder Scheinaktualität mehr, die nicht Anlaß zu einem parlamentarischen Vorstoßchen mit der Hoffnung auf einträgliche publizistische Nebengeräusche böte. Welcher clevere Parlamentarier kann es sich noch leisten, irgendeinen das helvetische Bankgeheimnis oder die St. Moritzer Wohnung des Gunter Sachs betreffenden Balkentitel in einem bundesrepublikanischen Boulevardkäseblatt nicht mindestens in eine Kleine Anfrage umzumünzen? Wer nicht im Morast der Bedeutungslosigkeit vergurgeln, sondern im Gespräch bleiben will, oder wenigstens im Gerede, muß etwas dafür tun, und die Exekutiven in Trab zu setzen, ist zumeist noch etwas vom Simpleren, man kann sich ja sogar die parlamentarischen Interventions-texte für ein Trinkgeld formulieren lassen.

Es ist unvorstellbar, was in einem einzigen Jahr unter



der Bundeskuppel an derartiger Aktivität zusammenfließt, und sehr viel anders liegen die Dinge in den meisten kantonalen Residenzen auch nicht – wobei dort sich noch das Absurde hinzu ereignet, daß man aus besagtem Aktualitätsantrieb fortgesetzt Dinge beplaudert, die für jeden vernünftigen Menschen auf die Bundesebene gehören. Damit aber, daß die Exekutiven gutmütig und fahrlässig den meisten Plunder widerstandslos entgegennehmen, wird die Lust am Fragen, Postulieren und Motionieren nur immer praller, man kann schließlich nicht nur die Konkurrenz wüten lassen. Und also geht's in rauen Haufen ran an den Leistungsstaat. Er soll. Er soll. Er soll.

Zwischen Fug und Unfug

Wo sind die Dämme gegen solche Fluten? Muß man, da Fragen und Postulieren zu den unzweifelhaften parlamentarischen Rechten gehört, mit Fassung, wenn auch einem Anflug von Resignation den Dingen ihren Lauf lassen und auf die Pleite des ganzen derzeit praktizier-

ten Parlamentarismus warten? Gewiß ist so viel: Man kann den Räten die Mäuler nicht stopfen und ihnen die Griffel nicht aus den Fingern schlagen. Aber man kann, zuhanden der Herren selbst und insbesondere zuhanden der Oeffentlichkeit, sehr wohl etwas anderes tun, nämlich: mit den Regierungsantworten auch gleich noch mitteilen, was an Zeit und Geld diese Antworten gekostet haben. Und im Falle von Postulaten und Motionen: welcher Aufwand mit ihrer Verwirklichung verbunden wäre. Dann ließen sich Fug oder Unfug solcher Vorstöße weitaus besser abschätzen, die Regierungen in Bund und Kantonen könnten nützlichere Kriterien als das schlichte Wohlwollen zur Geltung bringen, und in der breiten Oeffentlichkeit wäre die Einsicht sehr bald heimisch, daß parlamentarische Aktivität für sich allein kein Wert ist, sondern nur die Frage nach ihrem Inhalt zu tauglichen Aufschlüssen führt. Es gehört wahrhaftig auch ins Kapitel hiesiger Schizophrenien, die mangelnde Potenz des Leistungsstaates zu beklagen und ihn zugleich mit Vorstößen in Atem zu halten, deren Qualität im lausigsten Mißverhältnis zum erzwängten Aufwand steht.

